

VOLKSBEFragung

Atomrisiko-Versicherung – wie hoch soll sie sein?

Greenpeace, Heinrichstrasse 147, Postfach, CH-8031 Zürich
Telefon +41 44 447 41 41, Fax +41 44 447 41 99

www.greenpeace.ch
GREENPEACE

DIE ERGEBNISSE IN KÜRZE

Informationsstand: Sehr tief

- Über 75 % der Antwortenden wussten «überhaupt nicht» oder «nicht so genau» darüber Bescheid, dass die Atomrisiko-Versicherung bloss einen kleinen Bruchteil eines Nuklearschadens zu decken vermöchte.

Atomrisiko-Deckung: Sehr grosse Mehrheit für deutliche Erhöhung

- Nur 6 % der Antwortenden halten die vom Bundesrat vorgeschlagene Atomrisiko-Deckung von 2,25 Milliarden Franken für ausreichend.
- 90 % der Antwortenden sind der Auffassung, dass die Atomrisiko-Deckung deutlich erhöht werden sollte.
- Fast 70 % der Antwortenden sprachen sich für eine drastische Erhöhung auf 500 Milliarden oder auf über 4'000 Milliarden Franken aus.
- Nur 4 % der Antwortenden äusserten die Auffassung, eine obligatorische Atomrisiko-Versicherung sei «nicht nötig».

Verpflichtung der AKW-Betreiber zur Berechnung des möglichen Nuklearschadens: Ein Muss

- Nur 3 % der Antwortenden halten es für «nicht nötig», dass die AKW-Betreiber verpflichtet werden, für jede Atomanlage die möglichen Nuklearschäden zu berechnen.
- 44 % der Antwortenden meinen überdies, es sei eine Schande, dass die AKW-Betreiber solche Schadenberechnungen nicht schon längst freiwillig gemacht haben.

Neuregelung der Atomhaftpflicht ohne Schadenberechnungs-Grundlagen: Kein Verständnis

- Nur 2 % der Antwortenden sind der Auffassung, dass der Bundesrat für die neue Festlegung der Atomrisiko-Deckung eine Berechnung der möglichen Nuklearschadensbilder als Grundlage «nicht brauchte».
- 48 % der Antwortenden finden, der Nationalrat sollte solche Schadenberechnungen vom Bundesrat nachfordern, bevor er das neue Atomhaftpflicht-Gesetz behandelt.

10 Rappen Risikoaufschlag auf Atomstrom: Grosse Mehrheit wäre dafür

- 75 % der Antwortenden teilen die Auffassung, dass das Atomrisiko zur Hauptsache von den AKW-Betreibern getragen werden sollte und dass für diesen Zweck ein Risikoaufschlag von 10 Rappen pro Kilowattstunde Atomstrom annehmbar wäre.
- 19 % der Antwortenden teilen diese Auffassung nicht.

DIE ERGEBNISSE IM EINZELN

SO HAT GREENPEACE DIE VOLKSBEFRAGUNG DURCHGEFÜHRT

- Über 40 Aktivistinnen und Aktivisten waren insgesamt rund 175 Stunden unterwegs, um auf Strassen, vor Einkaufszentren, an Bushaltestellen oder von Haustür zu Haustür die Leute über ihre Meinung zur Atomrisiko-Deckung zu befragen.
- An die 1500 Menschen hat Greenpeace angesprochen. 1081 Leute waren bereit, den Fragebogen zu beantworten.
- Die VOLKSBEFRAGUNG wurde in der ganzen Schweiz durchgeführt. Schwerpunkte bildeten:
 - Deutschschweiz: Kantone Zürich (Städte Zürich und Winterthur), Bern (Städte Bern und Biel), Basel-Stadt, Aargau (Aarau)
 - Suisse romande: Kantone Genf und Waadt
 - Kanton Tessin
 - AKW-Standorte Beznau/Leibstadt, Gösgen, Mühleberg
 - Internet-Umfrage
- Der Fragebogen umfasste fünf Fragen und zwei bis fünf mögliche Antworten. Daneben stand für die VOLKSBEFRAGUNG ein Informationsblatt mit den wichtigsten Fakten und Zahlen über die Atomrisiko-Versicherung zur Verfügung. Dieses bot den angesprochenen Leuten bei der Beantwortung der Fragen eine Informationsgrundlage. Greenpeace ermöglichte, an der VOLKSBEFRAGUNG anonym teilzunehmen, Name und Wohnort konnten aber freiwillig angegeben werden. Es bestand auch die Möglichkeit, zuhänden des Nationalrates eine persönliche Botschaft zu formulieren.
- Die VOLKSBEFRAGUNG sollte in erster Linie den Teilnehmenden ermöglichen, ihre Auffassungen über die Atomrisiko-Deckung dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen. Es war nicht beabsichtigt, eine sozialwissenschaftliche Umfrage durchzuführen. Trotzdem zeichnen die Antworten ein deutliches Bild davon, wie sich weite Teile der Bevölkerung die Neuregelung der Atomrisiko-Deckung vorstellen.

GESAMTERGEBNIS

FRAGE 1

War Ihnen bewusst, dass die Atomrisikoversicherung nur einen kleinen Bruchteil Ihres Schadens decken könnte, wenn ein AKW-Unfall passieren würde?

(Angaben in Prozent)	Deutschschweiz	Suisse Romande	Ticino	AKW-Standorte	Gesamte Schweiz face-to-face Volksbefragung	Internet-Umfrage
Ja, ziemlich genau.	24	18	10	31	22	46
Ja schon, aber nicht so genau.	24	11	15	18	19	27
Nein, überhaupt nicht.	51	70	75	50	58	26

Interpretation: Mehr als drei Viertel der Antwortenden wussten nicht oder nur ungenau darüber Bescheid, dass die Atomrisikoversicherung den grössten Teil eines (schweren) Nuklearschadens nicht zu decken vermöchte. Etwas besser ist der Informationsstand in den AKW-Standort-Regionen.

Der deutlich höhere Informationsstand bei den Teilnehmenden der Internet-Umfrage dürfte hauptsächlich damit zu erklären sein, dass diese zum grössten Teil der besonders interessierten Gruppe derjenigen angehören, die regelmässig einen e-News-Letter von Greenpeace erhalten und auch über diesen Kanal auf die laufende Internet-Umfrage aufmerksam gemacht wurden.

FRAGE 2

Wie hoch sollte nach Ihrer Meinung die obligatorische Atomrisikodeckung sein?

(Angaben in Prozent)	Deutschschweiz	Suisse Romande	Ticino	AKW-Standorte	Gesamte Schweiz face-to-face Volksbefragung	Internet-Umfrage
2,25 Milliarden – wie der Bundesrat vorschlägt – sind gerade richtig.	7	2	10	6	6	7
20 Milliarden Franken, damit die mindestens ein mittelschwerer Schaden voll gedeckt wäre.	20	9	4	18	16	9
500 Milliarden Franken, damit die Deckung auch bei einem schweren Schaden ausreicht.	27	21	17	39	25	28
Über 4000 Milliarden Franken, damit auch ein katastrophaler Schaden zur Hauptsache vom Verursacher gedeckt wird und nicht am Staat, am Steuerzahlenden oder an den Geschädigten hängen bleibt.	37	52	65	31	42	53
Eine obligatorische Atomrisikodeckung ist nicht nötig.	4	5	2	3	4	3

Interpretation: Nicht nur in der Internet-Umfrage, sondern auch in der face-to-face-Befragung, bei der es weitgehend auf Zufall beruhte, welche Personen angesprochen wurden und damit Gelegenheit zur Teilnahme an der Volksbefragung erhielten, erhält der Vorschlag des Bundesrates (2,25 Milliarden Franken) deutlich weniger als 10 Prozent Unterstützung.

Bemerkenswert ist, dass auch in den AKW-Standort-Regionen 90 Prozent der Antwortenden eine deutliche Erhöhung der Atomrisikodeckung wollen. In Döttingen (Beznau / Leibstadt) und Schönenwerd (Gösgen) wurde die Volksbefragung bei den grossen örtlichen Einkaufszentren durchgeführt.

Bemerkenswert ist überdies, dass durchgehend in allen Landesteilen und in den AKW-Standort-Regionen sich rund 70 Prozent der Antwortenden für eine Atomrisikodeckung von 500 Milliarden oder von über 4000 Milliarden Franken aussprachen.

FRAGE 3

Die AKW-Betreiber sollten verpflichtet werden, spezielle Nuklearschadens-Berechnungen durchzuführen. (Doppel-Nennungen möglich)

(Angaben in Prozent)	Deutschschweiz	Suisse Romande	Ticino	AKW-Standorte	Gesamte Schweiz face-to-face Volksbefragung	Internet-Umfrage
Dem stimme ich zu.	71	54	56	60	65	55
Das ist nicht nötig.	3	3	2	2	3	7
Es ist eine Schande, dass die AKW-Betreiber dies nicht längst freiwillig machen.	31	47	42	44	37	51

Interpretation: Dieses Ergebnis ist mehr als deutlich. In der face-to-face-Befragung hielten es nur 3 Prozent für „nicht nötig“, die AKW-Betreiber zur Berechnung der möglichen anlagespezifischen Nuklearschadensbilder zu verpflichten.

Zu beachten: Antwort 1 und Antwort 3 sind so formuliert, dass Doppel-Nennungen möglich waren. Dies haben viele Antwortenden nicht erkannt. Greenpeace interpretiert das Ergebnis deshalb so, dass 97 Prozent der Antwortenden wollen, dass die AKW-Betreiber zur Berechnung der möglichen Nuklearschäden verpflichtet werden. Eine derartige Pflicht kennt das Kernenergierecht bisher nicht.

Das Instrumentarium zur Berechnung von möglichen Nuklearschäden ist – als Methodik der Probabilistischen Risikoanalyse (PRA) – bei allen AKW-Betreibern und bei der nuklearen Sicherheitsbehörde seit etwa 20 Jahren vorhanden und wird inzwischen bereits routinemässig verwendet. Laut telefonischer Auskunft vom November 2007 des damals noch amtierenden Chefs der HSK, Dr. Ulrich Schmocker, wurden jedoch in der Schweiz bisher weder von der Atomaufsichtsbehörde, noch von AKW-Betreibern jemals sogenannte Level-3-Berechnungen durchgeführt. Eine Level-3-PRA baut auf den Vorstufen (Level-1-PRA: Berechnung der Kernschadenshäufigkeit; Level-2-PRA: Berechnung der Freisetzung-Bruchteile) auf und ermittelt die nuklearen Schäden, welche durch die bei einem AKW-Unfall freigesetzten radioaktiven Stoffe verursacht würden.

Im Hinblick auf die angekündigten AKW-Neubauvorhaben fordert Greenpeace, dass die Berechnung der möglichen Nuklearschadensbilder (Level-3-PRA) Bestandteil eines Rahmenbewilligungsgesuches bilden muss. Nur dies kann gewährleisten, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Gefahrenseite der geplanten Atomkraftwerke eine informierte politische Debatte führen können.

FRAGE 4

Es ist nicht annehmbar, dass der Bundesrat die Höhe der Versicherungsdeckung festlegt, ohne sich auf Nuklearschadens-Berechnungen abzustützen. (Doppel-Nennungen möglich)

(Angaben in Prozent)	Deutschschweiz	Suisse Romande	Ticino	AKW-Standorte	Gesamte Schweiz face-to-face Volksbefragung	Internet-Umfrage
Dem stimme ich zu.	57	49	46	39	53	49
Solche Berechnungen brauchte er nicht.	2	1	0	2	2	7
Der Nationalrat sollte solche Berechnungen vom Bundesrat verlangen, bevor er das neue Atomhaftpflichtgesetz behandelt.	45	49	49	65	48	59

Interpretation: Auch dieses Ergebnis ist mehr als deutlich. Nur zwei Prozent der Antwortende vertraten die Auffassung, dass zur Neufestlegung der obligatorischen Deckungssumme der Atomhaftpflichtversicherung keine Nuklearschadens-Berechnungen nötig waren. Zu beachten: Auch bei dieser Frage sind Antwort 1 und Antwort 3 so formuliert, dass Doppel-Nennungen möglich waren, was viele Antwortende auch hier nicht bemerkten. Greenpeace interpretiert darum auch dieses Ergebnis so, dass 98 Prozent der Antwortenden kein Verständnis dafür haben, dass die Atomversicherungssumme neu bestimmt werden soll, ohne über die Grundlage von Nuklearschadens-Berechnungen zu verfügen.

Ein grosser Teil der Antwortenden erwartet vom Nationalrat, dass er Nuklearschadens-Berechnungen nachfordert, bevor er das Atomhaftpflicht-Paket behandelt.

FRAGE 5

Das Atomrisiko sollten zur Hauptsache die AKW-Betreiber selber decken. Eine Verteuerung des Atomstroms um bis zu 10 Rappen pro Kilowattstunde (rund 15 Franken im Monat für Durchschnitts-Haushalte) wäre für diesen Zweck annehmbar.

(Angaben in Prozent)	Deutschschweiz	Suisse Romande	Ticino	AKW-Standorte	Gesamte Schweiz face-to-face Volksbefragung	Internet-Umfrage
Dem stimme ich zu.	78	69	79	66	75	85
Das lehne ich ab.	16	27	17	23	19	13

Interpretation: Für gewöhnlich sind wir leicht dafür zu gewinnen, Forderungen zu stellen, um dann nicht selten wieder zurückzukrebsen, wenn es darum geht, die Bereitschaft zu bekunden, auch die damit verbundenen Mehrkosten zu tragen. Umso erstaunlicher ist darum dieses Ergebnis: Drei Viertel der Antwortenden halten einen Risikoaufschlag von bis zu 10 Rappen auf eine Kilowattstunde Atomstrom für annehmbar, wenn nicht anders erreicht werden kann, dass die AKW-Betreiber das Atomrisiko zur Hauptsache selber zu decken vermögen.

2008-02-29 / Greenpeace Kampagne gegen Atomgefahren